



## Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

### **Moratorium für die Zulassung von Glyphosat!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass auf der Grundlage des EU-Vorsorgeprinzips und des deutschen Pflanzenschutzrechts ein weitgehendes Moratorium für Herbizide mit dem Wirkstoff Glyphosat in der EU ausgesprochen wird.

Die befristete Aussetzung der Zulassung muss mindestens so lange gelten bis auf EU-Ebene nach intensiver Prüfung eine Entscheidung über eine Erneuerung der Zulassung unter Berücksichtigung der WHO-IARC Monographie und weiterer aktueller Studien gefallen ist.

Für den Fall, dass eine Neuzulassung erfolgt, bittet der Landtag die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die Anwendungsgebiete für Glyphosat stark eingegrenzt werden.

Aus der Anwendung müssen dabei herausgenommen werden:

- jede Anwendung im Haus- und Kleingartenbereich sowie der freie Verkauf in Bau- und Gartenmärkten,
- die Vorerntebehandlung (Sikkation),
- Vorsaatbehandlungen als Standardmaßnahme in der Feldwirtschaft.

Die Anwendung ist zu beschränken auf Ausnahmefälle mit Sondergenehmigung für

- Unkrautbeseitigung an öffentlichen Verkehrsflächen,
- die Anwendung in öffentlichen Grünanlagen und anderer Nutzungen im kommunalem Bereich.

Es ist auch die Möglichkeit weitergehender nationaler Einschränkungen zu prüfen.

Wir bitten die Landesregierung weiterhin, folgende Maßnahmen zu unterstützen:

- eine bundesweit ausreichende Zahl von Probenahmen zur Feststellung der Glyphosatbelastung in Trinkwasservorkommen, in Lebens- und Futtermitteln, sowie Produkten tierischer Herkunft;
- im Rahmen des „Nationalen Aktionsplans Pflanzenschutz“ konkrete Maßnahmen und Ziele zur Reduktion von Glyphosat und anderen Herbiziden festzulegen;
- im Rahmen der Agrarforschung des Bundes und der EU sowie der Hochschulen des Landes und bei der Landwirtschaftskammer darauf hinzuwirken, dass praxistaugliche Alternativmethoden zum Glyphosateinsatz entwickelt werden;
- ein obligatorisches Risikobewertungs- und Zulassungsverfahren aller Herbizidtoleranzsysteme unabhängig von der verwendeten Züchtungstechnologie;
- einen rechtlichen Rahmen für eine unabhängigen Vergabe von Risikostudien durch die Zulassungsbehörde bei Finanzierung durch den Antragsteller zu schaffen.

### **Begründung:**

Das Totalherbizid Glyphosat wird seit Mitte der 70er Jahre eingesetzt. Es galt als toxisch unbedenklich. Zahlreiche Produktionsverfahren in der Landwirtschaft haben sich bei der Wahl der Anbautechnik und bei der Gestaltung der Fruchtfolge auf den Einsatz eingerichtet. Neben der Landwirtschaft ist Glyphosat in vielen Bereichen im Verkehr, Grünflächenwesen sowie Haus und Kleingarten ein verbreitet eingesetztes Pflanzenschutzmittel geworden.

Wegen schädlicher Effekte auf Boden- und Tiergesundheit ist Glyphosat immer stärker in die Kritik geraten. Gleichzeitig ist es mittlerweile der weltweit mit Abstand am häufigsten eingesetzte Wirkstoff in der Pflanzenbehandlung. Allein in Deutschland werden jährlich etwa sechstausend Tonnen dieser Substanz angewendet. Glyphosat wird vielfältig und großflächig eingesetzt. Kürzlich hat die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation (International Agency for Research on Cancer, IARC) den Wirkstoff Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ eingestuft. Schon davor gab es eine ganze Reihe von Studien, die auf schädliche Wirkungen von Glyphosat auf Bodenorganismen, die Bodenfruchtbarkeit sowie auf die Gesundheit und Reproduktionsleistung bei Nutztieren hindeuten. Eine Einschränkung der Anwendungsgebiete wird daher schon seit längerem gefordert. Die neuen Erkenntnisse lassen ein generelles Verbot dieses Wirkstoffs als notwendig erscheinen.

Der Bundesrat hat sich bereits 2013 für ein Verbot glyphosathaltiger Herbizide im Haus- und Kleingartenbereich sowie für ein grundsätzliches Verbot der Anwendung zur Vorerntebehandlung ausgesprochen.

Kirsten Eickhoff-Weber  
und Fraktion

Bernd Voß  
und Fraktion

Flemming Meyer  
und die Abgeordneten des SSW